

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Würdich hat uns die Hintergründe dieser Vorlage noch einmal erläutert und unsere Sorgen bestätigt.

Uns, dem Kreistag Vorpommern – Rügen liegt das Sparpaket des Landrates (betitelt Hauswirtschaftliche Sperre) vor, dass für die Arbeit dieses Landkreises in den Folgen, außer dem Wort Einsparung, in den Folgen kaum abzusehen ist.

In unserer Fraktionssitzung befassten wir uns mit dieser Vorlage und sahen uns bekräftigt, in unserer Forderung nach einer völligen Neuordnung des Finanzausgleiches zwischen Land und Kommunen, die wir bereits im Juni 2012 hier in diesem Gremium in einem Antrag formulierten.

Dieser wurde damals durch eine Mehrheit des Kreistages abgelehnt.

Während sich nun die Finanzministerin über Überschüsse im Landeshaushalt freuen kann, sind die Haushalte aller Landkreise und kreisfreien Städte Mecklenburg – Vorpommerns mehr oder weniger defizitär und in den Ämtern und Gemeinden nicht anders.

Wie nun der Landrat unseres Landkreises Vorpommern-Rügens, Hr. Drescher in der Presse ausführte, passen Aufgaben und entsprechend Zuweisungen nicht mehr zusammen.

Dies hatte unsere Fraktion, wie gesagt, bereits im Juni 2012, als wir zum Handeln gegenüber der Landesregierung aufforderten, festgestellt.

Wenn jetzt der Landrat diesen Weg nun doch gehen will freut uns das zwar, denn wer behält nicht gern am Ende recht, doch über ein Jahr Zeit sind schon verschenkt und das Sparpaket für den Kreis liegt vor uns auf dem Tisch.

Ob die vom Land geforderte Reduzierung des Defizits von 6,2 Mill € durch diese Haushaltssperre von 1,4 Millionen Euro Einsparung letztendlich realisiert werden kann, bleibt abzuwarten und besonders **zu wessen Lasten**.

Sicher ist, dass die Leistungsfähigkeit unseres Kreises bei weiteren Kürzungsorgien nicht mehr gegeben sein wird und ein Weiterreichen des Problems per Kreisumlage an die Städte und Gemeinden wohl auch nicht endlos möglich ist.

Politischer Druck in Schwerin von allen kommunalen Ebenen ist deshalb zwingend notwendig und wird von uns ausdrücklich unterstützt und gefordert.

Wir als Fraktion waren sehr skeptisch gegenüber der Durchsetzung eines Kommunalen Jobcenters, weil wir befürchteten, dass hier nicht in erster Linie daran gedacht wird für die Betroffenen besser wirken zu können, sondern, dass hier ganz andere Gedanken eine Rolle spielten.

Nun wird gerade in diesem sensiblen Bereich, dem KJC mit 190 T € Einsparung eingegriffen.

Damit schaden wir uns selbst, denn die Mittel im Verwaltungshaushalt des KJC werden zu 84.8% vom Bund beglichen, nur 15.2% aus dem HH des Kreises direkt, das sind ca. 29 T €

Alles was der Kreis nicht kofinanziert, fließt an den Bund zurück, wir verzichten also auf mehr als 161 T € vom Bund um 29 T € zu sparen.

Das wollen wir sehenden Auges bei steigenden Kosten für die Unterkunft, die dann tatsächlich vom Kreis und durch die Kreisumlage von allen Kommunen bis auf einen Finanzierungsbeitrag vom Bund zu tragen sind, tun?

Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn wir die mit dem JC versprochene Betreuung intensiv durchsetzen, wenn sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausreichend um die Leistungsbezieher kümmern können.

Genau an dieser Stelle, an den Personalkosten wird gespart?! Freie Stellen können nicht zu Lasten überforderter Mitarbeiter gehen, es darf nicht an der Weiterbildung gespart werden.

Bei aller Sparsamkeit müssen auch hier Reisekosten für die Außendienstarbeit da sein.

Das KJC sollte doch ein Erfolgsmodell werden, wird es jetzt geopfert ?

Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ergaben große Enttäuschungen, sie erwarteten eine andere Umgangskultur mit Ihnen und ihrer teilweise doch psychisch schwer zu verkraftenden Arbeit.

Wir sollten nicht so wie friedfertige Schafe den Forderungen des Innenministeriums folgen.

Warum machen wir als Landkreis nicht vom Klagerecht gegen die Sparauflagen gegenüber dem Land Gebrauch?

Wenn wir uns die Bereiche der Jugendhilfe, Bildung und der Schülerbeförderung ansehen oder unsere Verkehrsplanung, so soll überall eingespart und am Limit gearbeitet werden.

Wir haben die Kreisgebietsreform, wie sie das Land durchgesetzt hat und versprochen wurde, auch durch sie Herr Landrat, dass es ein erfolgreicher Weg werden soll.

Dieser Weg darf aber nicht zu Lasten der Gesundheit und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Kommunen des Landkreises, für die wir Verantwortung tragen, erfolgen.

Wir brauchen eine arbeitsfähige Kreisverwaltung, das ist ihre Verantwortung, sehr geehrter Herr Landrat gemeinsam mit uns dem Kreistag!

Werden sie Vorreiter u. wagen sie den Schulterschluss mit den KommunalpolitikerInnen des Landkreistages und des Städte- und Gemeindetages keine Sparmaßnahmen zu Lasten der kommunalen Familie und ihrer fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin zuzulassen.